Was treibt den Imperialismus zur Variante „Integration"?

Zu Ursachen innenpolitischer „Integrations"bestrebungen des Imperialismus in der BRD

Von Prof. Dr. sc. jur. Wolfgang Menzel, Institut für internationale Studien

„Reform"- und „Integrations"politik des Monopolkapitals – Methode des Betrugs, der Versprechungen und der Zugeständnisse im Unwesentlichen, um die Herrschaft des Großkapitals zu erhalten (DKP)

Die Deutsche Kommunistische Partei hat mit ihren Thesen des Düsseldorfer Parteitages „DKP kontra Großkapital – Für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus" ihre gesellschaftspolitischen Grundsätze und Ziele erneut manifestiert sowie neue Entwicklungen und Erfahrungen des Klassenkampfes in der imperialistischen BRD verallgemeinert. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Analyse der „Reform"- und „Integrations"politik des Monopolkapitals. Wörtlich heißt es dazu: „Im Interesse der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes gilt es, den Klasseninhalt dieser Reform- und Integrationspolitik zu enthüllen: als Methode des Betrugs, der Versprechungen und der Zugeständnisse im Unwichtigen, um das Wichtigste, die Herrschaft des Großkapitals, zu erhalten".[1]

In der Tat ist die Aufdeckung des Wesens dieser Variante imperialistischer Politik ein Schlüssel für das klassenmäßige Herangehen sowohl an die innenpolitische Taktik des Monopolkapitals der BRD in ihrer Grundkonzeption als auch an die zahlreichen konkreten Maßnahmen, Projekte und sich theoretisch gebenden Konzepte, die von der den Interessen des Imperialismus dienenden SPD/FDP-Regierung verkündet und praktiziert werden – angefangen von der „konzertierten Aktion", der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" und der (imperialistisch verfälschten) Mitbestimmung, über die Rolle der sich als „Volksparteien" ausgebenden systemstützenden Parteien bis hin zu Teilhabe- bzw. Partizipationskonzepten, die die Arbeiterklasse ideologisch verwirren und entwaffnen sollen. Eine Artikelfolge, die einige Aspekte dieser imperialistischen Politik aufhellen soll, wird sich mit diesem Problemkomplex befassen.

WAS WILL INNENPOLITISCHE „INTEGRATION" ERREICHEN?

Welche Bedeutung die progressiven Kräfte der BRD der Analyse und Entlarvung der „Reform"- und „Integrations"politik und dem Kampf gegen sie in der Klassenauseinandersetzung mit dem Monopolkapital beimessen, läßt auch die Tatsache erkennen, daß die in Frankfurt (Main) erscheinende Zeitschrift „Marxistische Blätter" dieser Frage die Beiträge eines ihrer jüngsten Hefte widmete. Es stand unter dem Titel: „Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in das staatsmonopolistische System".[2] Aus dieser thematischen Formulierung geht schon hervor, daß „Integration" im gegebenen Zusammenhang (wie auch in der zitierten These des Düsseldorfer Parteitages im Sinne der den antimonopolistischen Kampf erschwerenden Bestrebungen des Monopolkapitals zur Eingliederung der Arbeiterklasse – wie auch anderer nichtmonopolistischer gesellschaftlicher Kräfte – in die staatsmonopolistische Herrschaft zu verstehen ist.

Es geht also um die Auseinandersetzung mit jener politischen Taktik, mit der die in den imperialistischen Ländern Herrschenden danach trachten, vor allem die Arbeiterklasse fest an das staatsmonopolistische System zu binden und für die aktive Unterstützung der imperialistischen Politik zu gewinnen. Ihr Bestreben richtet sich darauf, eine „freiwillige" Unterwerfung der Arbeiterklasse und anderer nichtmonopolistischer gesellschaftlicher Kräfte unter die Herrschaft des Monopolkapitals zu erreichen, die sich in der Form aktiver Klassenkollaboration auf Grundlage einer manipulativ herbeigeführten scheinbaren Übereinstimmung der Interessen vollziehen soll. Der Imperialismus – so heißt das Haupidokument der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien hervor – „sucht ständig nach neuen Methoden, um die Arbeiterbewegung von innen heraus zu untergraben, und versucht, sie in das System des Kapitalismus zu ‚integrieren'."[3]

BESTANDTEIL DER ANPASSUNGSPOLITIK DES IMPERIALISMUS

Es ist die Frage zu beantworten, warum der Imperialismus gerade jetzt in erhöhtem Grade und in zum Teil neuer Weise eine straffe Einordnung aller nichtmonopolistischer Kräfte in sein System zu betreiben sucht. Die Antwort ist weder in den gesellschaftlichen Prozessen nur eines einzelnen imperialistischen Landes zu finden, noch allein in dem einen inneren oder äußeren Einflußfaktor, der in jedem imperialistischen Land auf die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wirkt. Sie ist vielmehr aus der neuen strategischen Lage des Weltimperialismus herzuleiten, die ihrerseits wieder aus der weiteren Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus herrührt.

Die Vertiefung der allgemeinen Krise ist bekanntlich ein vielschichtiger Vorgang. Die inneren und äußeren Widersprüche des Imperialismus spitzen sich weiter zu, neue brechen auf. Symptomatisch dafür sind Finanz-, Währungs- und Wirtschaftskrisen, die Krise des bürgerlich-parlamentarischen Systems, der Bildungsnotstand u. v. a. m. Entscheidend ist jedoch das neue Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus, das stetige Wachstum der Kraft und Macht der Sowjetunion, der Positionen der sozialistischen Staatengemeinschaft.[4] Die Manövrierfähigkeit des Imperialismus, „die Möglichkeiten und Grenzen seiner Politik unterliegen daher besonders intensiv dem Einfluß des Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus".[5] Die Reaktion des Imperialismus auf die veränderte Wirklichkeit besteht vorrangig in dem Versuch, seine Politik diesen neuen Realitäten, seiner neuen strategischen Position, der er sich gegenübergestellt sieht, anzupassen. Die Anpassung als ein Charakteristikum imperialistischer Politik tritt auf neuer Ebene deutlich hervor.[6]

Daß die Anpassungspolitik des Imperialismus nicht das Geringste an seinem Wesen ändert und ebensowenig die Aufgabe seines strategischen Zieles bedeutet, ist – nicht zuletzt auf dem VIII. Parteitag der SED – unwiderlegbar nachgewiesen worden. Nach wie vor geht es ihm darum, den Sozialismus zurückzudrängen und letztlich zu beseitigen. Mit dieser strategischen Zielsetzung ist nicht nur verbunden, daß die Monopolbourgeoisie den Ausbau des militärischen Potentials immer weiter vorantreibt sowie hierfür steigend finanzielle und materielle Mittel mobilisiert. Mit ihr ist sie auch vor die Aufgabe gestellt, die ihrer Herrschaft Unterworfenen zu einer Massengefolgschaft zu formieren, die sich – den eigenen elementaren Lebensinteressen zuwider – nicht nur passiv für die imperialistische Politik einspannen läßt, sondern diese auch aktiv unterstützt.

Eine solche Absicht zu realisieren, ist angesichts der voranschreitenden Labilität des Imperialismus für das Monopolkapital schwieriger denn je, zugleich aber gerade wegen der inneren Labilität des Imperialismus für die Herrschenden ein noch dringlicheres Gebot als in der Vergangenheit. Ihr Versuch, die Volksmassen zu einer Identifikation mit der Herrschaft, der Politik und den Zielen des Imperialismus zu veranlassen, ist eine defensive Reaktion. Er ist eine defensive Reaktion darauf, daß – in dialektischer Wechselwirkung – einerseits das Klassenkräfteverhältnis und die erhöhte Intensität des Klassenkampfes im Inneren der imperialistischen Länder die Manövrierfähigkeit des Imperialismus nach außen beschränken, wie andererseits der Druck, dem der Imperialismus auf internationalem Feld ausgesetzt ist, auf die Entwicklung des Klassenkräfteverhältnisses im Inneren der imperialistischen Staaten zu seinen Ungunsten Einfluß nimmt.

Die Anpassungspolitik des Imperialismus hat also zwei Seiten. Einmal versucht er sich auf dem Felde der Außenpolitik auf eine elastischere, variantenreichere strategische Konzeption einzurichten und neue taktische Methoden anzuwenden. Zum anderen strebt er danach, sich der zu seinen Ungunsten veränderten inneren Situation anzupassen, indem er mit Hilfe von „Integrations"politischen Methoden versucht, ein offenes Aufbrechen der Klassengegensätze zu verhindern und vor allem die Arbeiterklasse auf zum Teil neue Weise auf die Interessen des Monopolkapitals gleichzuschalten.

REAKTION DES IMPERIALISMUS AUF DAS SCHWINDEN SEINES SOZIALEN HINTERLANDES

Zu den Faktoren, die für das Einschlagen eines imperialistischen „Integrations"kurses ursächlich sind, zählen auch solche, die aus den inneren Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus und der Zuspitzung der ihm wesenseigenen Widersprüche erwachsen. Dies gilt insbesondere für den Grundwiderspruch des Kapitalismus. In Kurzform: Die in Tempo und Umfang neue Ausmaße annehmende Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals haben den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Charakter der Aneignung weiter enorm verschärft, mithin unvermeidlich das Anwachsen des Klassenantagonismus und damit eine neue Stufe der Polarisierung aller Klassengegensätze zur Folge.

Das Bewußtwerden der Klassengegensätze, sein Umschlagen in Forderungen, und zwar in Forderungen, die nicht mehr nur ihre Ursache in der ständigen Kluft zwischen Lohn und Profit haben, sondern auch darauf zurückzuführen sind, daß die gesellschaftlichen Bedingungen für die Reproduktion der Arbeitskraft hinter den mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung gegebenen Notwendigkeiten (Bildung, Freizeit, öffentliche Dienstleistungen usw.) zurückbleiben, erzeugt ebenso wie die Forderungen, die aus dem Widerspruch zwischen der veränderten Stellung der Arbeiterklasse im Produktionsprozeß und ihrer Einflußlosigkeit in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft entstehen, einen wachsenden Drang nach Demokratie und führt zur Konfrontation mit der imperialistischen Staatsmacht.

Die Negation der Demokratie durch den Imperialismus und die Annäherung der sozialen Existenzbedingungen der Bauernschaft, der Intelligenz, der Handwerker und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie an die Lage der Arbeiterklasse führt zu demokratischen Bewegungen, die über die Arbeiterklasse hinausreichen. Das Monopolkapital der BRD hat vornehmlich seit Mitte der sechziger Jahre an den Forderungen und Aktionen der demokratischen Kräfte sowie ganz allgemein an der steigenden Unzufriedenheit, Gärung und Unruhe in der Bevölkerung zu spüren bekommen, daß die soziale Basis seiner Herrschaft immer mehr schwindet.

Der fortschreitende Verlust des sozialen Hinterlandes nötigt die imperialistische Bourgeoisie der BRD, ein auf lange Frist berechnetes politisches Konzept zu entwickeln, das das Unmögliche ermöglichen, das heißt diesen Prozeß aufhalten und rückgängig machen soll. Denn wenn der Imperialismus in der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus und dabei im Innern auch nur einigermaßen funktionieren, wenn insbesondere der Produktionsprozeß unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in Gang gehalten werden soll, reichen Untertanen, die nur passiv gehorchen, nicht aus. Er braucht eine im Sinne seiner Politik, im Sinne seiner Herrschaft aktiv agierende Gefolgschaft. Insbesondere braucht er eine Arbeiterklasse, die sich mit den ihr feindlichen Monopolinteressen identifiziert.

Andererseits zwingt das Schwinden der sozialen Basis des Monopolkapitals zum weiteren Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, zur erhöhten Absicherung der staatsmonopolistischen Herrschaft vor möglichen Einflüssen demokratischer Kräfte. Denn auch in einer zu seinen Ungunsten veränderten äußeren und inneren Situation vermag der Imperialismus nicht, aus seinem Wesen zu schlüpfen; er kann die ihm innewohnende Tendenz, „die Demokratie überhaupt durch die Oligarchie zu ersetzen",[7] nicht abstreifen. So ist allein schon unter diesem Aspekt der Versuch der Lösung des Widerspruchs zwischen der gesetzmäßigen Tendenz des Abbaus der Demokratie im Imperialismus einerseits und andererseits der Notwendigkeit, zur Stabilitätsgewährleistung der monopolkapitalistischen Herrschaft deren soziale Basis zu festigen, das heißt, mit „Integrations"politischen Maßnahmen die gesetzmäßig nach Demokratie drängenden Volksmassen als aktive Parteigänger und Verteidiger des Imperialismus zu gewinnen, letztlich zum Scheitern verurteilt.

---

1) DKP kontra Großkapital – Für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus; Aus den Thesen des Düsseldorfer Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei, ND vom 16. Dezember 1971, S. 4.

2) Marxistische Blätter, Heft 5/1971.

3) Internationale Beratung der kommunistischen Arbeiterparteien, Moskau 1969; Berlin 1969, S. 14.

4) Vgl. Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1971, S. 16.

5) Autorenkollektiv, Der Imperialismus der BRD, Berlin 1971, S. 166.

6) Vgl. G. A. Arbatow, Der USA-Imperialismus und die neuen Realitäten der Welt, ND vom 13. Mai 1971, S. 12.

7) W. I. Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus", in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1960, S. 34.

Prof. Dr. sc. jur. Jürgen Becher,
Sektion Marxismus-Leninismus:

Ökonomische Gesetze des Sozialismus – Gesetze des Handelns der Menschen

UZ-REIHE:
Politische Ökonomie des Sozialismus

5 Zur Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Sozialismus

Zum Beweis der materiellen Begründet- und Bestimmtheit aller Erscheinungen der objektiven Realität müssen ihre Gesetze – das Allgemeine, Wesentliche und Dauerhafte der Erscheinungen – aufgedeckt werden. So geht es beim Erforschen der ökonomischen Gesetze um das Dauerhafte in den ökonomischen Erscheinungen. Die Kenntnis der künftigen Prozesse des Wirtschaftslebens, der Hauptfaktoren des Reproduktionsprozesses in ihrer Entwicklung gewährleistet die Sicherheit in Fällen langfristiger ökonomischer Entscheidungen. Das heißt aber nicht, daß allein mit dem Erkennen der ökonomischen Gesetze schon praktische Fragen der Wirtschaftspolitik gelöst werden können; vielmehr muß stets eine Koppelung mit konkreten wirtschaftspolitischen Analysen (des Zweiges, des Erzeugnissortiments, der Zulieferer und Abnehmer usw.) erfolgen. Nur so ist ein planmäßiges Gestalten der sozialistischen Wirtschaft als der Wirtschaft in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft möglich.

Jedes ökonomische Gesetz widerspiegelt einen objektiv notwendigen, wesentlichen, inneren und sich wiederholenden Zusammenhang zwischen ökonomischen Prozessen und Erscheinungen. Er wird als ökonomisches Erfordernis durch das Handeln der Menschen auf der Grundlage ihrer Interessen zur Wirklichkeit. **Die ökonomischen Gesetze des Sozialismus sind also selbst Gesetze des Handelns der Menschen.** Und dieses Handeln ist untrennbarer Bestandteil der von der Partei geleiteten einheitlichen Willensbildung der Gesellschaft. Damit sind die ökonomischen Gesetze zugleich Ausdruck der Interessen der Menschen. Das durch die Interessen bestimmte Handeln der Menschen kann nicht von den objektiven Gesetzmäßigkeiten getrennt werden. Diese Interessen werden nun sowohl von den Produktionsverhältnissen als auch von den Produktivkräften in ihrer Gesamtheit – als gesellschaftliche Verhältnisse – bestimmt. Das gleiche gilt von der kooperativen Arbeit, in der sich die Interessen der Menschen entäußern. **Die ökonomischen Gesetze sind folglich Gesetze der Produktionsweise**; sie sind abhängig vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse. Das Erfassen der ökonomischen Gesetze als **Gesetze der Produktionsweise beinhaltet gleichzeitig die Erkenntnis, daß die ökonomischen Gesetze als gesellschaftliche Gesetze Ausdruck des Stoffwechselprozesses zwischen Gesellschaft und Natur** sind.

Eine weitere wesentliche Beziehung ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen ökonomischen Gesetzen und den Überbaugesetzmäßigkeiten. Der XXIV. Parteitag der KPdSU und der VIII. Parteitag der SED orientierten nachdrücklich auf die weitere bewußte und planmäßige Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, auf die Beachtung ihres Systemcharakters, auf die **enge Verbindung zwischen der Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze und dem planmäßigen Anwachsen der Rolle der sozialistischen Ideologie.** Das ist Ausdruck der Wirksamkeit **sozialistischer Politik als positiver ökonomischer Potenz.**

Die Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus ist deshalb eine politische Aufgabe, um die Vorzüge und Triebkräfte des Sozialismus voll zu entfalten und die Arbeiterklasse als führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft zu immer wirksamerer Machtausübung zu befähigen. Aus diesem Grunde sind auch wichtige ökonomische Gesetze des Sozialismus und ihre Rolle für die weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft direkt im Programm der SED formuliert!

Eines dieser Gesetze ist das **Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft.** Nach dem ökonomischen Grundgesetz bestimmt es am deutlichsten und umfassendsten das Wesen der Produktionsweise. Die Weite seines Wirkungsfeldes ist schon im Begriff Volkswirtschaft enthalten. Er erstreckt sich auf die Gesamtheit aller Betriebe, Einrichtungen und Institutionen der Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion sowie auf zahlreiche Bereiche außerhalb der materiellen Produktion (Kultur, Volksbildung, Landesverteidigung, Sozialwesen u. a. m.). Auf seiner Grundlage und in Verwirklichung seiner Erfordernisse – in enger Wechselbeziehung mit der Gesamtheit der ökonomischen Gesetze des Sozialismus – gestaltet der sozialistische Staat – als „politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen" – die Wirtschaft der ersten Phase des Kommunismus.

Das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft bringt als objektives Gesetz der sozialistischen Produktionsweise die **qualitative und quantitative Einheit des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses im Sozialismus** zum Ausdruck. Diesem Gesetz liegt dementsprechend das unter Führung der Partei vom sozialistischen Staat in dieser oder jener Weise geleitete Handeln der Werktätigen zugrunde. In der Verfassung der DDR vom 6. 4. 1968 heißt es: „In der Deutschen Demokratischen Republik gilt der Grundsatz der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sowie aller anderen gesellschaftlichen Bereiche. Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik ist die sozialistische Planwirtschaft. (Sie) ... verbindet die zentrale staatliche Planung und Leitung der Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung mit der Eigenverantwortung der sozialistischen Entwicklung mit der Eigenverantwortung der sozialistischen Warenproduzenten und der örtlichen Staatsorgane" (Art. 9/III). In diesen verbindlichen Festlegungen der Verfassung ist bereits ersichtlich, daß unter Planung nicht ein mehr oder weniger passives Beachten sich herausbildender Proportionen zu verstehen ist, sondern ein **bewußtes Gestalten der gesellschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage der kollektiven schöpferischen Arbeit der Werktätigen unter Leitung des sozialistischen Staates.**

Da die Lösung jeder ökonomischen Aufgabe einen ideologischen Anspruch beinhaltet, schließt die Durchsetzung der Planmäßigkeit in einem bestimmten Bereich die auf die Befähigung der Werktätigen zur Lösung der zukünftigen Aufgaben gerichtete **Planung der ideologischen Arbeit** ein. Dabei kommt es vor allem darauf an, durch die Formung der sozialistischen Ideologie die Ausprägung der neuen Anforderungen an Denken und Handeln sozialistischer Persönlichkeiten unter den Bedingungen der weiteren Gestaltung des entwickelten Sozialismus (sozialistisches Machtbewußtsein, Verantwortungsbereitschaft, Entscheidungsfreude, sozialistische Risikobereitschaft) umfassend zu vollziehen. Daraus folgt, daß **die Durchsetzung der konkreten Erfordernisse des objektiven Gesetzes der wachsenden Rolle der sozialistischen Ideologie im jeweiligen Bereich die entscheidende spezifische Wirksamkeitsvoraussetzung für die Realisierung der Erfordernisse des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und aller anderen ökonomischen Gesetze des Sozialismus ist.**

Aus diesem Zusammenhang zeigt sich einmal mehr, daß die ökonomischen Gesetze des Sozialismus ohne das Erkennen und Berücksichtigen ihrer Erfordernisse nicht wirken. An ihre Stelle treten dann allgemein, unter ganz bestimmten Bedingungen in jeder Gesellschaftsordnung wirkende Gesetze mit ihrer elementaren Wirkung. Ein derartiges elementares Wirken objektiver allgemeiner Gesetze hemmt den sozialistischen Aufbau, untergräbt die Vorzüge und Triebkräfte der sozialistischen Produktionsverhältnisse. In der gegenwärtigen Entwicklung kommt es deshalb darauf an, jegliche Spontaneität und elementare Wirkung der ökonomischen Gesetze zu überwinden. Auf Grund der Existenz des sozialistischen Staates und seines Rechts ist es möglich und notwendig, **in Form subjektiver Zielsetzungen** die objektiven gesellschaftlichen Erfordernisse **in verbindliche Verhaltensanforderungen an die Menschen (als einzelne und als kollektive) zu fassen und dadurch über das zielgerichtete disziplinierte menschliche Handeln die Realisierung der objektiven Gesetze aktiv zu organisieren.** Auf diese Weise ist das Recht notwendiges **inneres Element der Existenz und des Wirkens der ökonomischen Gesetze.** Ebenso wie der sozialistische Staat ist es als spezifische Wirkungsbedingung der objektiven Gesetze Bestandteil der Gesamtheit der Objekte, Eigenschaften und Bedingungen, die die im Gesetz enthaltenen möglichen Beziehungen verwirklichen. Durch die Regelung des Verhaltens der Menschen, durch das Festlegen eines Handlungs- und Entscheidungsrahmens, ist das sozialistische Recht an der Entstehung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse aktiv beteiligt.

SLUB
Wir führen Wissen.